

## Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 22.05.2015

### **Einführung von Jugendberufsagenturen jetzt mit Hochdruck prüfen**

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschließung

Der Begriff der „Jugendberufsagentur“ wurde im bundesweiten Verständnis geprägt durch das 2010 begonnene Projekt „Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“. Ziel der Arbeitsbündnisse sind lokal ausgerichtete Verbesserungen an der Schnittstelle zwischen Arbeitsagentur, Jobcenter und Jugendhilfe. Hierdurch soll ein koordiniertes Beratungs- und Förderangebot zum Wohl Jugendlicher auf dem Weg von der Schule in die Arbeitswelt geschaffen werden.

Der Landtag begrüßt, dass Kammern, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften der Idee der Jugendberufsagenturen positiv gegenüberstehen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. zu prüfen, ob und inwieweit das „Hamburger Modell“ der „Jugendberufsagentur“ für das Flächenland Niedersachsen umgesetzt werden kann und
2. im Landtag bis spätestens Ende 2015 über das Ergebnis der Prüfung und gegebenenfalls über die konkreten Umsetzungsschritte zu berichten.

#### Begründung

Die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung und die Umsetzung innovativer Ideen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit ist eine der zentralen Herausforderungen im Bildungsbereich und zugleich Schnittstelle zur Wirtschafts- und Arbeitswelt. Wesentliche Herausforderungen sind dabei die fehlende Ausbildungsfähigkeit vieler junger Menschen und die steigenden Zeiträume von Nichtbeschäftigung bei Jugendlichen, die auf dem Ausbildungsmarkt von jeher schlechtere Startchancen haben. Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Kammern arbeiten daher ebenso wie die berufsbildenden Schulen seit Jahren konstruktiv an der Weiterentwicklung verschiedener Konzepte und Ideen. Eine dieser Ideen ist die Einführung von Jugendberufsagenturen.

Nach der Überzeugung aller Beteiligten ist es sinnvoll, eine Verzahnung der jeweiligen Kompetenzen und Angebote herbeizuführen, ohne jedoch eine neue Verwaltungsinstanz zu schaffen. Die Landesregierung hat mit den Kammern, Verbänden und Gewerkschaften im „Bündnis duale Ausbildung“ die Aufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten von Jugendberufsagenturen diskutiert. Bei der Diskussion darf es jedoch nicht bleiben. Ziel muss es vielmehr sein, die Möglichkeiten der Umsetzung des „Hamburger Modells“ einer „Jugendberufsagentur“ für das Flächenland Niedersachsen zu prüfen und so einen echten Mehrwert zum Wohle der Jugendlichen herauszubilden.

Ziel ist es, eine Steigerung der Übergangquote nach Abschluss einer allgemeinbildenden Schullaufbahn in die Ausbildung zu erreichen. Zudem würde die Berufsorientierung ebenso verbessert wie die Berufsausbildungsvorbereitung.

Durch eine Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure könnte eine Bündelung, Fokussierung und damit ein besseres Ineinandergreifen von verschiedenen Qualifizierungsmaßnahmen erreicht werden. Die Folge wäre eine Verkürzung der Verweildauer in sogenannten Übergangssystemen, die Vermeidung von Förderlücken und Doppelförderungen und ebenso die Vermeidung von Mehrfachberatungen der Betroffenen in verschiedenen Institutionen. Großes Ziel muss es sein, Bildungsabbrüche zu vermeiden.

Björn Thümmler  
Fraktionsvorsitzender